



Der Klub der Grünen Alternative Brigittenau stellt gemäß § 23 Abs. 1 der Geschäftsordnung für die Bezirksvertretung in der Bezirkssitzung am **25. Juni 2025** folgende

### **ANFRAGE**

Der Bezirksrechnungsabschluss 2024 weist Ausgaben des Bezirks für Information und Öffentlichkeitsarbeit (MA 53 - BA 5) in Höhe von 88.220,20 Euro aus.

**Wir stellen diesbezüglich folgende Fragen an die Bezirksvorsteherin:**

1. Schlüsseln Sie bitte die einzelnen Budgetposten auf, aus denen sich die Summe zusammensetzt.
2. Welche Inserate wurden aus dem Budget Information und Öffentlichkeitsarbeit finanziert? In welchen Medien und mit welchem Inhalt wurden die einzelnen Inserate geschalten?
3. Welche weiteren Mittel an Medien beinhaltet diese Summe?



Die unterzeichnenden Bezirksräte der FPÖ Brigittenau stellen gemäß § 23 der GO-BV in der Sitzung der Bezirksvertretung des 20. Wiener Gemeindebezirk am 17.09.2025 folgende

### **Anfrage**

#### **Betreff: Alkoholverbot in der Brigittenau**

Das subjektive Sicherheitsgefühl der Brigittenauer leidet unter anderem durch die illegale Massenmigration. In der Vergangenheit wurde daher auf verschiedenen Plätzen in Wien ein Alkoholverbot erlassen. Wir stellen daher an die Frau Bezirksvorsteherin Dubravac-Widholm folgende Frage:

Gibt es derzeit Überlegungen beziehungsweise Planungen solch ein Alkoholverbot auch an Plätzen in der Brigittenau einzuführen? Bitte teilen Sie uns Ihren Kenntnisstand mit.

#### **Begründung:**

Die Bürger möchten informiert werden.

Moritz Greiner

Laurenz Barth





Die unterzeichnenden Bezirksräte der FPÖ Brigittenau stellen gemäß § 23 der GO-BV in der Sitzung der Bezirksvertretung des 20. Wiener Gemeindebezirk am 17.09.2025 folgende

### **Anfrage**

Da sowohl die Bundesregierung als auch die Wiener Stadtregierung nicht in der Lage ist, die illegale Massenmigration zu stoppen, leidet das Schulwesen unter akuten Mangel an Räumlichkeiten.

In der Vergangenheit hat die Wiener Stadtregierung daher auf modulare Schulklassen (als Containerklassen bekannt) zurückgegriffen.

Da wir einen Überblick über die aktuelle Bildungslage in der Brigittenau bekommen möchten, stellen wir folgende Fragen an die Frau Bezirksvorsteherin Dubravac-Widholm:

1. Gibt es in der Brigittenau derzeit Containerklassen?
2. Wenn ja, wie viele?
3. Können Sie ausschließen, dass es 2025 und 2026 zur Verwendung von Containerklassen kommen wird?
4. Falls es bereits Containerklassen gibt: Wie sorgen Sie dafür, dass die Schüler wieder in ordentliche Schulgebäude unterrichtet werden können?
  
5. Falls Daten vorhanden: Wie viele der zusätzlichen Schüler, die in Containerklassen untergebracht werden, stammen aus Familienzusammenführungen im Asylbereich?

6. Welche weiteren Maßnahmen wurden ergriffen oder sind geplant, um dem steigenden Schulplatzbedarf gerecht zu werden?

7. Welche Kosten entstehen dem Bezirk durch die Errichtung und den Betrieb der Containerklassen und aus welchen Budgetposten werden diese finanziert?

8. Welche längerfristigen Kosten entstehen durch die Nutzung der Containerklassen im Vergleich zu dauerhaften Schulbauten?

9. Welche Maßnahmen sind geplant, um einer möglichen weiteren Verschärfung der Situation in den kommenden Jahren entgegenzuwirken?

**Begründung:**

Die Bürger möchten informiert werden.

Moritz Greiner

Laurenz Barth



Die unterzeichnende Bezirksrätin der FPÖ Brigittenau stellt gemäß § 23 der GO-BV in der Sitzung der Bezirksvertretung des 20. Wiener Gemeindebezirk am 17.09.2025 folgende

### **Anfrage**

#### **Betreff: Mietshaus Dresdnerstraße 113**

Das Straßenbild wird bereits geraume Zeit durch den desolaten Zustand bzw. den Anblick des Gebäudes in der Dresdnerstraße 113 beeinträchtigt.

In diesem Zusammenhang frage ich Sie Frau Bezirksvorsteherin Dubravac-Widholm:

1. Ist Ihnen der bauliche Zustand des o.g. Gebäudes bekannt?
2. Was ist in Zukunft dort geplant, da keine Revitalisierung erkennbar ist bzw. wann mit der Wiederherstellung eines geordneten Straßenbildes zu rechnen ist?

#### **Begründung:**

Die Bürger möchten informiert werden.

Gertrude Tickert



Die unterzeichnende Bezirksrätin der FPÖ Brigittenau stellt gemäß § 23 der GO-BV in der Sitzung der Bezirksvertretung des 20. Wiener Gemeindebezirk am 17.09.2025 folgende

### **Anfrage**

#### **Betreff: Radweg Klosterneuburgerstr./Ecke Leipziger Str.**

Am Sonntag 06.07.2025 gegen 11 Uhr ereignetet sich ein Verkehrsunfall unter Beteiligung eines Radfahrers, der auf dem o.g. Radweg vermeintlich in Fahrtrichtung Leipzigerstraße unterwegs war und offensichtlich schwer verletzt wurde. Alle angrenzenden Straßenzüge waren polizeilich gesperrt.

In diesem Zusammenhang frage ich Sie, Frau Bezirkvorsteherin Dubravac-Widholm:

1. Ist Ihnen dieser Vorfall bekannt?
2. Wenn ja, welche Schritte wurden diesbezüglich eingeleitet, um die Sicherheit der Radfahrer, aber auch der anderen Verkehrsteilnehmer zu gewährleisten?
3. Wurde in Erwägung gezogen den abschüssigen Radweg (im Verlauf Kreuzung zur Leipzigerstraße) sicherer gestalten und wenn ja, wie?
4. Wurde in Erwägung gezogen, die Schussfahrt durch Markierungen oder Straßenschilder zu unterbinden bzw. die Fahrweise der Radfahrer dadurch zu beeinflussen, um künftig solche folgenschweren Unfälle zu vermeiden?

#### **Begründung:**

Die Bürger möchten informiert werden.

Gertrude Tickert





Die unterzeichnenden Bezirksräte der FPÖ Brigittenau stellen gemäß § 23 der GO-BV in der Sitzung der Bezirksvertretung des 20. Wiener Gemeindebezirk am 17.09.2025 folgenden

### **Anfrage**

#### **Betreff: Austausch mit Bürgermeister Michael Ludwig durch die Bezirksvorstehung**

Die Brigittenau ist einer der Bezirke, der unter der illegalen Massenmigration am meisten leidet. Regelmäßig kommt es zu massiven Gewalttaten und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung leidet darunter massiv. Wir stellen daher an die Frau Bezirksvorsteherin Dubravac-Widholm folgende Fragen:

1. Stehen Sie in Ihrer Rolle als Bezirksvorsteherin mit Bürgermeister Michael Ludwig in steten Austausch bezüglich der Sicherheitslage in der Brigittenau?
2. Hat er Ihnen konkrete Maßnahmen, um die Sicherheit im Bezirk wieder zu erhöhen, zugesichert?
3. Falls ja, welche?

#### **. Begründung:**

Die Bürger möchten informiert werden.

Moritz Greiner

Laurenz Barth





Die unterzeichnenden Bezirksräte der FPÖ Brigittenau stellen gemäß § 23 der GO-BV in der Sitzung der Bezirksvertretung des 20. Wiener Gemeindebezirk am 17.09.2025 folgende

### **Anfrage**

#### **Betreff: Waffenverbotszonen in der Brigittenau**

Das Sicherheitsgefühl der Brigittenauer hat sich unter anderem durch die illegale Massenmigration massiv verschlechtert. Offenbar hat dies mittlerweile auch Bürgermeister Michael Ludwig erkannt. In der Vergangenheit wurde daher auf verschiedenen Plätzen in Wien eine Waffenverbotszone eingeführt.

Wir stellen dementsprechend an die Frau Bezirksvorsteherin Dubravac-Widholm folgende Frage:

Gibt es derzeit Überlegungen beziehungsweise Planungen solch ein Waffenverbot auch an Plätzen in der Brigittenau einzuführen? Bitte teilen Sie uns Ihren Kenntnisstand mit.

### **Begründung:**

Die Bürger möchten informiert werden.

Moritz Greiner

Laurenz Barth





Der Klub der Grünen Alternative Brüggenau stellt gemäß § 23 Abs. 1 der Geschäftsordnung für die Bezirksvertretung in der Bezirkssitzung am **17. September 2025** folgende

## ANFRAGE

Die Ankündigungen zur Wiederherstellung und Neugestaltung des Maria-Restituta-Platzes nach den Sanierungen der ÖBB sind vielversprechend. Von der ÖBB wird versprochen, zu begrünen, Sitzgelegenheiten und Wasserspiele zu schaffen.<sup>1</sup> Die Bezirkvorsteherin kündigt als Wahlversprechen an: „*Mehr Platz, mehr Bäume und mehr Aufenthaltsqualität für alle!*“<sup>2</sup>

Die derzeitige Politik ist auf Sparkurs. Das nährt die Befürchtung, dass die geplanten Umbaumaßnahmen entgegen den Ankündigungen in ihrer Qualität vermindert werden.

**Daher stellen wir folgende Anfrage an die Bezirkvorsteherin:**

1. Welche konkreten Umbaumaßnahmen werden bei der Neugestaltung des Maria-Restituta-Platzes umgesetzt? Bitte führen sie diese im Detail an.  
Insbesondere sollen folgende Fragen beantwortet werden.
2. Wie viele Bäume werden gepflanzt?
3. Werden Grünflächen gepflanzt, wie werden diese gestaltet und wie viel Fläche werden diese einnehmen?
4. Welche und wie viele Sitzgelegenheiten wird es geben?
5. Wird es Wasserentnahmestellen geben und wie viele?
6. Wird es Wasserspiele und/oder Sprühnebelanlagen geben?
7. Wird der Boden versickerungsfähig ausgestaltet?
8. Wird das Schwammstadtprinzip umgesetzt?
9. Werden genügend Fahrradabstellanlagen geschaffen?
10. Wird es City Bikes geben?
11. Damit der Platz auch bunter wird: Werden die grauen Betonsäulen legale Graffiti Flächen werden?

---

<sup>1</sup> Vgl. <https://www.s-bahn.wien/de/aktuelles> am 3.9.2025

<sup>2</sup> Vgl. [https://www.instagram.com/christine\\_dubravac/p/DIMD0ENs\\_F/](https://www.instagram.com/christine_dubravac/p/DIMD0ENs_F/) am 3.9.2025



Der Klub der Grünen Alternative Brigittenau stellt gemäß § 23 Abs. 1 der Geschäftsordnung für die Bezirksvertretung in der Bezirksvertretungssitzung am **17. September 2025** folgende

## **ANFRAGE**

### **Planung des nachhaltigen Umbaus der Wallensteinstraße - Jetzt!**

In der letzten BV-Sitzung am 25.6.2025 hat sich der Bezirk aufgrund des Grünen Antrags mehrheitlich für eine Planung zur Umgestaltung der Wallensteinstraße noch im Jahr 2025 ausgesprochen. Die Wünsche der Anwohner:innen aus der Befragung im April 2024 sollten darin einfließen.

Noch immer gibt es weder vom Bezirk noch von der Stadt Wien konkrete Auskünfte zum Zeitplan des Umbauprozesses und auch nicht darüber, was konkret geplant ist.

Daher stellen wir folgende Anfrage an die Bezirksvorsteherin:

1. Wie sieht der Zeitplan für den Prozess der Neugestaltung der Wallensteinstraße aus?  
Bitte führen sie an,
  - wann die Planung vorliegen wird,
  - wann sie in den Ausschuss kommt,
  - wann sie der Öffentlichkeit präsentiert wird,
  - wann der Umbau starten wird und
  - wann er fertiggestellt wird.
2. Falls noch keine Planung vorliegt,
  - wurde diese bereits beauftragt?
  - Wer wird sie durchführen?
  - Wann wird die Planung fertiggestellt vorliegen?
  - Werden bei der Planung die Empfehlungen der Stadt Wien für Beteiligung herangezogen, insb. Praxisbuch Partizipation und Masterplan partizipative Stadtentwicklung?
  - Wird die Umgestaltung die Wallensteinstraße auf der gesamten Länge (von der Friedensbrücke bis zum Stadtentwicklungsgebiet Nordbahnhof) betreffen? Wenn nein, welche Abschnitte sollen umgestaltet werden?
3. Zur Befragung vom April 2024:
  - Wurden die auf den Plänen angebrachten Post-Its, auf denen Planungswünsche geschrieben wurden, in die Auswertung aufgenommen?
  - Falls nein, wird das noch nachgeholt?

4. Budget:

- Wie hoch ist das Budget für die Umgestaltung der Wallensteinstraße? Bitte Beträge für Planung und Bau separat anführen.
- Werden die Kosten vom Bezirk allein oder auch von anderen Stellen getragen (z.B. Förderungen des Bundes, der Stadt Wien oder EU)

KPÖ Wien - Brigittenau  
Raffaelgasse 1a  
1200 Wien  
[brigittenau@kpoe.at](mailto:brigittenau@kpoe.at)  
0678/7830832



## Anfrage zu gefördertem Wohnbau und Gemeindebau im Bezirk

Die unterzeichnenden Bezirksräte und Bezirksrätinnen des Klubs der KPÖ Brigittenau stellen gemäß §23 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung für die Sitzung der Bezirksvertretung Brigittenau am 17.09.2025 folgende **Anfrage**:

1. Sind in der Brigittenau abgesehen vom Areal des Nordwestbahnhofs neue geförderte Wohnbauprojekte oder Gemeindebauprojekte geplant?
2. Wird sich die Bezirksvorsteherin für neue geförderte Wohnbauprojekte und Gemeindebauprojekte in der Brigittenau, abgesehen vom Areal des Nordwestbahnhofs einsetzen?
3. Welche Maßnahmen wird die Bezirksvorsteherin gegen die steigenden Mietpreise im Bezirk setzen?

### Begründung:

Durch die Vermietung und Kurzeitvermietung von Luxuswohnungen im "bunten" Hochhaus in der Dresdner Straße 90, der geplanten Errichtung von hochpreisigen Eigentumswohnungen in der Traisengasse 20-22 und dem Abriss von Gründerzeithäusern schießen die Mietpreise in der Brigittenau immer mehr in die Höhe. Um die Brigittenauerinnen und Brigittenauer vor einer Teuerungswelle am Wohnungsmarkt zu schützen sind dringend Maßnahmen notwendig. Wir wollen wissen ob der Bezirksvorsteherin hier Maßnahmen bekannt sind bzw. sie selbst solche setzen wird.

Nathalie Burkowski

Matthias Kaltenböck

Kommunistische Partei Österreichs

[brigittenau@kpoe.at](mailto:brigittenau@kpoe.at)

Wien - Brigittenau

[wien.kpoe.at](http://wien.kpoe.at)

# Anfrage der Partei LINKS zu psychosozialen Maßnahmen an Schulen



Der unterzeichnende Bezirksrätin Hannah Knust von LINKS Brigittenau stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 17.09.2025 gemäß § 23 GO-BV an die Bezirksvorsteherin folgende:

## Anfrage

Die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen steht bundesweit und auch in unserem Bezirk unter Druck. Mehr als ein Drittel der jungen Menschen in Wien wird im Laufe ihres Lebens von einer psychischen Erkrankung betroffen sein (Stadt Wien 2024: Kinder- und Jugendgesundheit in Wien, Gesundheit Österreich GmbH). Soziale Isolation, Leistungsdruck, Armut, Diskriminierung sowie Mobbing können zu Schulangst, Depressionen oder Suizidgefährdungen führen. 2022 war Selbsttötung oder Selbstschädigung die häufigste Todesursache bei 10- bis 19-Jährigen.

Nach dem Amoklauf in Graz wurden auf Bundesebene Maßnahmen zur Stärkung der psychosozialen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen angekündigt. Im Sinne einer gezielten Umsetzung in unserem Bezirk ersuche ich daher um Auskunft über die konkrete Situation in der Brigittenau:

1. Schulpsycholog:innen an den Schulen in der Brigittenau:  
Wie vielen der 70 zusätzlichen Stellen im laufenden Schuljahr und wie vielen der 70 weiteren Stellen im Schuljahr 2026/2027 sind für die Brigittenau geplant?
2. Schulsozialarbeit:  
Wie vielen der 30 Planstellen im laufenden Schuljahr und wie vielen der 35 Planstellen für 2026/2027 sind für die Brigittenau vorgesehen?
3. Neues Workshop-Angebot „psychosoziale Unterstützung und Mental Health“:  
Wie oft wird das neue Workshop-Angebot in der Brigittenau im laufenden Schuljahr stattfinden? Wie viele Schüler:innen werden voraussichtlich insgesamt daran teilnehmen können?
4. Weitere Maßnahmen:  
Welche zusätzlichen Maßnahmen zur Förderung der psychosozialen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen sind in der Brigittenau geplant?

**Anfrage der Partei LINKS zu Bäumen am Nordwestbahnhof**

Der unterzeichnende Bezirksrätin Hannah Knust von LINKS Brigittenau stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 17.09.2025 gemäß § 23 GO-BV an die Bezirksvorsteherin folgende:

**Anfrage**

Im Rahmen der Klimabiennale wurden am Nordwestbahnhofgelände einige Hundert m<sup>2</sup> Asphalt entsiegelt und dort ca. 30 Bäume und Hochstammsträucher gepflanzt. Laut Vereinbarung mit der ÖBB soll dies wieder rückgebaut werden, was bedeutet, dass diese Bäume entwurzelt, entsorgt und anschliessend die Fläche wieder asphaltiert wird. Diese Fläche ist jedoch Teil der geplanten "Grünen Mitte" des Nordwestbahnhofs und wird in den nächsten Jahren begrünzt. Die Entsiegelung wurde mit Steuergeldern durchgeführt. Sowohl die vertraglich vereinbarte Entsiegelung als auch die anschließende Begrünung würden ebenfalls Steuergelder benötigen, was bedeuten würde, dass die Bevölkerung diese Begrünung dreimal bezahlen müsste.

- 1) Welche Möglichkeiten sieht die Bezirksvorsteherin, um diese unnötige Versiegelung zu vermeiden?

## Anfrage der Partei LINKS zur Nordwestbahnstraße 53-59



Der unterzeichnende Bezirksrat Stefan Ohrhallinger von LINKS Brigitteau stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 17.09.2025 gemäß § 23 GO-BV an die Bezirksvorsteherin folgende:

### Anfrage

Im März 2022 schloss die Stadt Wien mit der EEI Alpha Liegenschaftsverwertungs GmbH & Co KG einen städtebaulichen Vertrag über die Entwicklung des Grundstücks an der Nordwestbahnstraße 53-59 (EZ 5412, GSt. Nr 3212/1 KG 01620 Brigitteau). Auf diesem ehemaligen Gelände eines Autohauses, in unmittelbarer Nähe zum neuen Stadtviertel Nordwestbahnhof, sollte ein Wohnprojekt entwickelt werden; laut öffentlicher Präsentation sollte das Projekt von JP Immobilien und SÜBA entwickelt werden. Gleichzeitig wurde vom Wiener Gemeinderat der damalige Bebauungsplan von Bauklasse I auf Bauklassen umgeändert, die eine viel höhere Bebauung erlauben - an der höchsten Stelle bis zu 34,50 m. Bedauerlicherweise wurde auch die Ausweisung für Gebiete des geförderten Wohnbaus, mit der leistbares Wohnen sichergestellt wird soll, nur mit 50% - statt der medial oft angekündigten 66% - festgelegt.

Im städtebaulichen Vertrag verpflichtet sich der Vertragspartner der Stadt Wien ua zur Errichtung eines Kindergartens und grüner Infrastruktur. Er verpflichtete sich außerdem zur Neugestaltung der Adolf-Gstöttner-Gasse.

Nun ist die SÜBA AG insolvent bzw in einem Sanierungsverfahren. Es ist unsicher, wie es mit diesem Projekt weitergeht. Das alte Autohaus wurde 2023 abgerissen, weitere Bauvorbereitungen wurden soweit von außen ersichtlich noch nicht vorgenommen. Nun liegt die Fläche brach. Es ist entweder zu befürchten, dass das Grundstück nun über weitere Jahre brach liegt; oder dass der jetzige Eigentümer, die AGX Projekterrichtungs GmbH, eine Tochter der SÜBA AG, ebenfalls insolvent wird; ein mögliches Szenario ist dann, dass das Grundstück aus der Konkursmasse gekauft wird, der neue Eigentümer dann zwar bessere Bebauungsmöglichkeiten in der Widmung vorfindet, aber gleichzeitig nicht an die Leistungen aus dem städtebaulichen Vertrag gebunden ist.

- 1) Wie wird sichergestellt, dass die im städtebaulichen Vertrag verpflichteten Leistungen bei Konkurs des Bauträgers ohne Rechtsnachfolgerin erfüllt werden?
- 2) Warum wurden die im städtebaulichen Vertrag verpflichteten Leistungen nicht im Grundbuch eingetragen, als Möglichkeit, um dies zu gewährleisten?
- 3) Wurden Sie als Bezirksvorsteherin von den zuständigen Magistratsabteilungen in die Vorgänge bei diesem Grundstück eingebunden? Falls ja, welche Informationen haben Sie darüber? Falls nein, warum nicht?



## Anfrage der Partei LINKS zum WC am Donaukanal



Der unterzeichnende Bezirksrat Stefan Ohrhallinger von LINKS Brünnlitz stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 17.09.2025 gemäß § 23 GO-BV an die Bezirksvorsteherin folgende:

### Anfrage

Die am 20.11.2024 beantragte und im anschließenden Umweltausschuss Anfang 2025 vereinbarte Aufstellung eines zusätzlichen WCs am Donaukanal für Mai bis September 2025 stromabwärts der Friedensbrücke wurde noch nicht durchgeführt.

- 1) Warum war es nicht möglich, das WC zeitgerecht aufzustellen?
- 2) Wann wird das WC aufgestellt?
- 3) Wenn das WC heuer nicht mehr aufgestellt werden kann, wird es 2026 aufgestellt werden, für Mai bis September?

## Anfrage der Partei LINKS zu Grätzlladezonen



Der unterzeichnende Bezirksrat Stefan Ohrhallinger von LINKS Brüggenau stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 17.09.2025 gemäß § 23 GO-BV an die Bezirksvorsteherin folgende:

### Anfrage

Seit Mai 2025 ist es möglich, Grätzlladezonen in Wien einzurichten. In diesen Zonen darf für bis zu 10 Minuten Ladetätigkeit durchgeführt oder gehalten werden, auch von Privatpersonen, anders als Ladezonen, die nur von und bei Betrieben beantragt werden können. Diese Grätzlladezonen können Montag bis Freitag (werktags) von 7.00 bis 19.00, samstags von 7.00 bis 13.00 Uhr solcherart verwendet werden. Außerhalb dieser Zeiten kann die Zone unter Berücksichtigung der Kurzparkzonenregelung zum Parken genutzt werden.

- 1) Wieviele Grätzlladezonen sind in der Brüggenau geplant und wann bzw. wo werden diese eingerichtet?

## Anfrage der Partei LINKS zur Kurzzeitvermietung



Der unterzeichnende Bezirksrat Stefan Ohrhallinger von LINKS Brüderlichkeit Brigittenau stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 17.09.2025 gemäß § 23 GO-BV an die Bezirksvorsteherin folgende:

### Anfrage

Die private Kurzzeitvermietung von Wohnungen, vor allem zu touristischen Zwecken, führt zu einer Verknappung von Wohnraum und in Folge zu einer Verteuerung der Mieten. Bei der Anfrage vom 19.3.2025 konnten diese Fragen nicht beantwortet werden, im Gegensatz zu anderen Bezirken wie Landstraße oder Neubau, da nun auch etwas Zeit vergangen ist, stelle ich diese Anfrage erneut in veränderter Form.

Ich stelle daher folgende Fragen:

- 1) Wie viele Wohnungen im Bezirk wurden seit Inkrafttreten der Wiener Baurechtsnovelle 1.7.2024 wegen illegale Kurzzeitvermietung gemeldet oder von der Stadt selbst untersucht?
- 2) Bei wievielen Wohnungen im Bezirk wurde seit Inkrafttreten der Wiener Baurechtsnovelle 1.7.2024 illegale Kurzzeitvermietung festgestellt? Wieviele wären weiters illegal, wenn an den Adressen eine Wohnzone gewidmet wäre?